

ANSICHTSSACHE

*Gesicht zeigen.
Aufrecht streiten.*

STREIT.KULTUR.DEMOKRATIE

Dossier: Lasst uns aufrichtig streiten!

Seite 4/5

Gemeinsam Streit Gestalten:

Gegen die Wohnungsnot Seite 8/9

Neues aus der SozDia:

Jugendarbeit gefährdet Seite 16/17



13. MAI 2023 AB 14 UHR

VIVA VICTORIA

EINTRITT
FREI

FREUT EUCH AUF:

STRASSENMUSIK FLOHMARKT SOZDIA SHOWKAPELLE
SPIELEN & BASTELN FÜR GROSS & KLEIN
UNTERHALTSAMES BÜHNENPROGRAMM
SPANNENDE ENTENRENNEN STREETFOOD ...



PATRICK HAUSDING, Lichtenberger Olympia-
teilnehmer, Welt- u. Europameister im Turmspringen,
eröffnet die traditionelle Entenrennbahn.

FELIX KROOS, Aufstiegsheld des 1. FC Union
Berlin und beliebter TV-Experte, spielt mit Euch
Fußball auf einer eigens installierten Kicker-Arena.

DAS KINDER-, JUGEND- UND FAMILIENFEST IN DER VICTORIASTADT

→ ENTLANG DER PFARRSTRASSE UND KASKELSTRASSE ←



INHALT

Editorial
3

Dossier
Lasst uns aufrichtig streiten!
4/5

Ich hab da was zu sagen
6/7
(Un-)Gerechtigkeit beginnt mit Sprache:
Über und mit anderen sprechen – aber wie?

Gemeinsam Streit gestalten
8/9
„Der Staat ist nicht
der bessere Unternehmer“

Bei SozDia vor Ort
10/11

Pro & Contra
12/13
Hausbesetzung: Rechtsbruch
oder legitimer Protest?

Nachgefragt
14/15
Generation Protest:
Was politisiert Jugendliche?

Neues aus der SozDia
16/17
Jugendarbeit gefährdet

Auf ein Wort
18/19
Inseln der Wärme und Verbundenheit

Titelfoto: © SozDia

EDITORIAL



Liebe Leserin,
lieber Leser,

kennen Sie das auch? Sie sitzen mit der Familie am Abendbrotstisch und plötzlich befindet man sich mitten in einem Streit. Manchmal sind es Kleinigkeiten, die ausreichen, um den Familienfrieden ins Wanken zu bringen. „Immer kochst du nur das Lieblingsessen von Max!“ Natürlich antwortet darauf Max, der Bruder der wütenden Schwester mit „Stimmt nicht, Papa kauft dir immer viel teurere Schuhe als mir. Das ist nicht gerecht!“ Und dann gibt ein Wort das nächste. Ein Alltagsstreit. Was ist gerecht und wie können wir uns offen über die dahinter liegenden Probleme auseinandersetzen?

Dabei lässt sich Alltagsstreit ohne weiteres auf unsere Arbeitswelt und unsere Gesellschaft übertragen. Die Regeln des Miteinanders sind hier ähnlich, nur dass es oft um existenzielle Fragen und also hart zur Sache geht. Auch da wird Streit, etwa über die Frage, wo Prioritäten gesetzt werden, viel zu selten und wirklich zukunftsorientiert ausgetragen. Das hat auch die SozDia in der letzten Zeit hautnah erfahren. Drei unserer Jugendeinrichtungen, die Linse, Phönix und Horn, müssen schließen. Die finanziellen Zuwendungen der Bezirke reichen angesichts der gestiegenen Preise einfach nicht.

„Gesicht zeigen, aufrecht streiten“, ist das Thema dieses Heftes. Menschen streiten da für einen Perspektivwechsel und eine gerechte Welt.

Wo setzt die Politik Prioritäten, wenn es etwa um die Zukunft junger Menschen geht und also um den Erhalt von Jugendeinrichtungen? Unser Beitrag auf den Seiten 16 und 17 geht dieser Frage nach. Warum wir bewusst in Gesellschaft und Politik über eine fehlende Streitkultur nachdenken müssen, lesen Sie auf den Seiten 5 und 6. Und warum Streiten auch lustig sein kann auf den Seiten 14 und 15.

Um das Thema Streitkultur geht es übrigens auch auf unserem Frühlingsempfang am 25. April in der Jugend- und Begegnungsstätte alte schmiede. Passend zu unserem diesjährigen Stiftungsmotto *Streit.Kultur.Demokratie* widmet er sich dieses Mal der Fragestellung „Reibung erzeugt Wärme: Wie weit muss Protest gehen?“. Spannende Gäste sind geladen, auch über Ihr Kommen freuen wir uns.

Zunächst aber viel Freude bei der Lektüre unserer Ansichtssache

Ihre Nina Kirch
Prokuristin / Strategische Leitung SozDia

LASST UNS AUFRICHTIG STREITEN!

Warum wir bewusst über Streitkultur nachdenken müssen

In unserer heutigen Gesellschaft wird die Art und Weise, wie wir miteinander kommunizieren, oft von Verunsicherung geprägt. Angst beeinflusst unsere Diskussionskultur und führt häufig dazu, dass wichtige Themen nicht ausreichend behandelt werden; das Beharren auf der eigenen Perspektive sorgt dafür, dass Diskussionen in Aggression und Angriffslust ausufern.

Die Gründe dafür sind vielfältig. Einerseits gibt es eine große Unsicherheit in der Gesellschaft, da die Welt komplexer geworden ist und es diverse verschiedene Meinungen und Positionen zu bestimmten Themen gibt. Dadurch fühlen sich viele Menschen überfordert und wissen nicht, was sie glauben können. Diese Unsicherheit führt oft zu einer Abwehrhaltung gegenüber ande-

ren Meinungen und zu einem Festhalten an eigenen Standpunkten. Andererseits ist auch die Angst vor Konsequenzen ein wichtiger Faktor. In einer Zeit, in der soziale Medien eine große Rolle spielen, kann ein falsches Wort oder eine unüberlegte Handlung schnell zu einer öffentlichen Anklage führen. Viele Menschen wollen diesen „pseudo-öffentlichen Pranger“ meiden und passen ihre Meinungen und Aussagen daher vorsichtshalber an.

Zudem hat diese Angst auch negative Auswirkungen auf unsere Gesprächskultur. Diskussionen sollten eigentlich dazu dienen, unterschiedliche Meinungen auszutauschen und so zu einem besseren Verständnis und zu Lösungen zu gelangen. Doch wenn die Angst „regiert“, werden Diskussionen oft zu einem Kampf um die eigene Position. Es geht weniger darum, die*den Andere*n zu verstehen oder ihre*seine Position nachzuvollziehen, sondern darum, die eigene Meinung durchzusetzen.

Lasst uns daher in einer bewussten Auseinandersetzung über Streit, „Kultur“ nachdenken, sie neu besetzen!

Die Bedeutung der Streitkultur geht weit über persönliche Auseinandersetzungen im Alltag hinaus. Natürlich wirken Streitigkeiten für viele von uns auf den ersten Blick negativ, da sie oft zu Spannungen und Unannehmlichkeiten führen.

Allerdings können sie in vielen Situationen auch sehr wichtig sein, da es dabei um die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Meinungen, Perspektiven und Bedürfnissen geht. Durch offene und ehrliche Diskussionen können Missverständnisse beseitigt werden und die Beteiligten können einander besser verstehen. Wenn Konflikte erfolgreich gelöst werden, kann dies dazu führen, dass Beziehungen gestärkt werden und Vertrauen wächst.

Eine gute Streitkultur ist wichtiger Bestandteil des sozialen Zusammenhalts und fördert auch das Wachstum und den Fortschritt in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft.

Wir sollten daher nicht Angst vor Streit haben, sondern uns authentisch darum bemühen, ihn konstruktiv zu gestalten.

Es gibt Gründe, warum man in manchen Situationen auch mit Taten statt nur mit Worten streiten sollte, eine Aktion notwendig wird.

Nehmen wir hier das Thema des Klimakonflikts: Ein Beispiel dafür, wie eine fehlende – ja ignorierte – Diskussionskultur dazu führen kann, dass wichtige Entscheidungen nicht getroffen werden und dadurch die Auswirkungen des Klimawandels auch zu einem sozialen Kipppunkt führen.

Eine Sichtweise: Durch das Kleben auf die Straße können Klimaaktivist*innen eine hohe Aufmerksamkeit auf ihre Anliegen lenken und öffentliche Diskussionen anstoßen. Diese Aktionen haben das Potenzial, sich in der Bedeutung symbolisch und



stark darzustellen, indem sie die Wichtigkeit des Klimawandels und den Aufruf zu Maßnahmen gegen diesen verdeutlichen. Es handelt sich um eine friedliche und gewaltfreie Protestform, welche die öffentliche Ordnung nicht stört.

Schauen wir uns die Gegenargumente in unserer aktuellen Diskussionskultur an: Das Kleben auf die Straße stellt eine Gefahr für den Straßenverkehr dar, kann zu Unfällen führen und schränkt die Bewegungsfreiheit von Fußgänger*innen und Fahrzeugen ein. Die öffentliche Ordnung wird gestört.

Richtig oder falsch?

Je nach persönlicher oder politischer Motivation fällt es uns oft leicht, uns für eine der Seiten zu entscheiden, „richtig“ und „falsch“ klar zuzuordnen und unseren Standpunkt dann vehement zu verteidigen. Aber eben nicht immer. Ich persönlich habe einen inneren Konflikt z.B. bei der Berichterstattung über die Londoner Öl-Aktivist*innen gespürt, die bei einer Protestaktion das berühmte Gemälde „Sonnenblumen“ des niederländischen Künstlers Vincent van Gogh mit Tomatensuppe bewarfen.

Natürlich bin ich dafür aufzurütteln und Maßnahmen gegen den Klimawandel nicht weiter hinauszuzögern, aber diese Aktion war für mich als Kulturarbeiterin absolut nicht nachvollziehbar. Ich musste hier also ganz klein ansetzen und erst einmal in den Dialog mit mir selbst gehen, denn Meinungsbildung bedeutet Auseinandersetzung: Eventuell schlägt mein Herz so stark für Kunst, dass ich andere Meinungen oder Ansätze oft grundsätzlich ablehne, da meine subjektive Haltung total festgefahren ist.

Anja Meyer,
Referentin für
Öffentlichkeitsarbeit
bei der SozDia
Stiftung Berlin



Die Aktivist*innen wollten damit doch aber auf die Rolle von Ölkonzernen bei der Zerstörung der Umwelt sowie den Klimawandel aufmerksam machen, ein Thema, das mir auch am Herzen liegt.

Und hier ist sie wieder, die Streitkultur.

So wie ich mich mit meinen eigenen unterschiedlichen Perspektiven auseinandersetzen muss, offen und ehrlich mit mir selbst bin, so sollte ich doch auch in der Diskussion mit anderen auftreten. Ich höre mir die verschiedenen Argumente an, lasse „richtig“ und „falsch“ außen vor und stelle mich aufrichtig und angstfrei den möglichen Spannungen.

Eine gemeinsame konstruktive Streitkultur ist unerlässlich, um zusammen positive Veränderungen zu erreichen und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Wir sollten uns darauf konzentrieren, eine bessere, also empathischere Streitkultur zu entwickeln, um Missverständnisse zu minimieren, Konflikte zu lösen und soziale Kipppunkte zu verhindern.

Lasst uns aufrichtig streiten!

Anja Meyer



(UN-) GERECHTIGKEIT BEGINNT MIT SPRACHE: ÜBER UND MIT ANDEREN SPRECHEN – ABER WIE?

Wie wir über andere und mit anderen reden sollten, darüber wird nicht erst seit den letzten Rassismus- und Sexismusdebatten diskutiert. Ist es schwieriger geworden, die richtigen Worte zu finden, um nicht irgendwem versehentlich auf die Füße zu treten? Zum Thema „Sprachsensibilität“ hat uns nach der letzten Ausgabe auch ein kritischer Leser*innen-Brief erreicht.

Lasst uns darüber reden, befindet die Redaktion der ANSICHTSSACHE. Die Beiträge auf dieser Seite sollen darum als Anregung zum Gespräch dienen: Was meinst Du dazu?

„EIN EINZELNES WORT KANN DEN UNTERSCHIED MACHEN“

Sprache und die Werte, für die wir eintreten wollen, stehen in einer engen Wechselwirkung zueinander. Auf der einen Seite spiegelt sich der Stand einer Gesellschaft in Sprache wider. Aber Sprache ist auch ein mächtiges Werkzeug, um die Gesellschaft zu prägen und zu beeinflussen. Und noch mächtiger ist Sprache als Grundlage für jeglichen Austausch überhaupt. Daher ist es mir wichtig, beim Hinterfragen von Sprache immer den Dialog zu suchen und ins „Miteinander“ zu kommen. Besonders spannend finde ich den geschichtlichen Kontext und Hintergrund von Sprache, über die man viel über sich selbst und die Welt lernen kann. Das ist ein kontinuierlicher Lernprozess, auch für mich selbst.



© Stephan Jung

Ein einzelnes Wort kann den Unterschied machen. Es kann Diskriminierung und Vorurteile reproduzieren oder ihnen entgegen treten. Gerade für Menschen, die nicht der heteronormativen Mehrheit angehören, kann eine diskriminierungsfreie Sprache gesellschaftliche Hierarchien abbauen und auf Defizite aufmerksam machen. Denn Sprache hat die Macht, unsere Werte und Visionen voranzutreiben und Impulse in die Gesellschaft zu tragen. Die Veränderung der Gesellschaft beginnt mit der Sprache und wir können dazu einen Beitrag leisten – mit jedem Wort.

Stephan Jung
Referent für Presse & Digitale Kommunikation bei der SozDia Stiftung Berlin

„BEWUSST ALTERNATIVE SPRACHPFADE ENTWICKELN“

Sprache ist ein wichtiger Weg, um miteinander zu kommunizieren: Wir informieren und verständigen uns, auch mit dem Ziel, Gesellschaft zu gestalten. Von daher ist es von hoher Relevanz, dass wir Menschen nicht sprachlich ausgrenzen bzw. sprachlich diskriminieren.

Nicht nur unsere Gesellschaft, sondern auch unsere Sprache ist noch geprägt von vielfältigen Ungleichheitsverhältnissen und Machtstrukturen. Welche Worte wir wählen, wie wir beispielsweise Menschen bezeichnen oder beschreiben oder auch was wir auslassen, kann dazu beitragen, diese ungleichen Verhältnisse und Machtstrukturen zu produzieren und durch ihre stete Wiederholung immer wieder neu zu manifestieren.

Diskriminierende Sprache lässt sich in unserer Gesellschaft nicht ausschließen. Umso wichtiger ist ein reflektierter Umgang mit Sprache. Wir sind gefordert, uns stets kritisch mit unseren gesellschaftlichen Ausgrenzungs- und Diskriminierungsmechanismen auseinanderzusetzen. Mit dem Verständnis, dass wir unsere Gesellschaft aktiv mitgestalten, ist es weiterhin notwendig, unsere eigene Verwobenheit in der Aufrechterhaltung dominanter Gesellschaftsstrukturen kritisch zu reflektieren.



© Katrin Rubel

Um eine solche Auseinandersetzung und Reflektion durchführen zu können, ist es aus meiner Perspektive hilfreich, sich mit Themen wie struktureller Geschlechterdiskriminierung, Rassismus wie auch Ausgrenzungsmechanismen durch Klassenverhältnisse oder Beeinträchtigung zu beschäftigen.

Das bedeutet für mich, die vielfältigen Erkenntnisse zum Beispiel der Gender Studies und Post Colonial Studies als auch der unzähligen Aktivist*innen wahrzunehmen und aufzugreifen.

Außerdem braucht es die Bereitschaft, den vertrauten Kanon an Sprachmustern, Bildern, Held*innen etc. aufzubrechen und letztendlich aufzugeben, um stattdessen bewusst alternative Sprachpfade zu entwickeln, andere Bilder zu erschaffen und neue Handlungsräume zu ermöglichen.

Katrin Rubel
VORSTIEG | Institut für Personalentwicklung, Weiterbildungsstrategie und -management der SozDia



© Sven Ulrich

„EINE GERECHTE SPRACHE MUSS FÜR ALLE VERSTÄNDLICH SEIN“

Zu meiner großen Überraschung wurde ich angefragt, mich zu dem Thema „Für eine gerechte Sprache streiten- aber wie?“ zu äußern. Wer mich kennt, weiß, dass ich kein großer Freund der Verwendung von Sternchen und Ähnlichem bin. Um es gleich vorwegzunehmen, das liegt nur sehr bedingt in meiner Person „weiß“, „männlich“ und „50“ – oder wie andere sagen würden „alter weißer Mann“. Für mich ist eher die Frage wichtig, was wirklich gerechte Sprache ist und welche Erwartungen es an sie gibt.

Ich glaube, dass Sprache Ausdruck von Lebenssituationen in Gesellschaften ist und sich daher regelmäßig verändert – Worte kommen, Grammatikregeln gehen. Dabei belegen diverse Studien, dass verordnete Änderungen in der Sprache in der Regel nicht auf große Akzeptanz in der Gesellschaft stoßen. Genau da setzt meine Skepsis zu einem Zwang zum Gendern ein. Ich glaube, dass sich Sprache nicht durch Zwang, sondern von unten ändern muss. Insbesondere, wenn die Änderungen auch wieder andere Menschen ausschließen. Zum Beispiel Sehbehinderte, deren Hilfsmittel den Stern nicht als „Sprachlücke“ identifizieren können. Gerechte Sprache ist darum nach meiner Überzeugung immer eine Sprache, die für alle verständlich ist.

Ich finde es darum im ersten Schritt wichtig, für eine gesellschaftliche Haltung einzutreten, bei der wir alle gleichwertige Menschen sind. Zu mir in die Beratung kommt nicht „die Frau“, „der Mann“, „die Lesbe“, „der Schwule“, „der Penner“ oder „der Nazi“ – zu mir kommen Menschen.

Und jeder Mensch ist erstmal grundsätzlich ein wertvolles Mitglied unserer Gesellschaft. Aus dieser Haltung heraus resultiert ja auch der entsprechende Umgang mit der Person. Zuerst also kommt die Haltung, dann die Sprache! Es gibt durchaus Sprachen, die per se eine geschlechtsneutrale Sprachform haben. Trotzdem funktioniert die Gleichstellung von Mann und Frau etc. überhaupt gar nicht. Ein Beispiel ist die Türkei.

Ich kenne die Idee, die Haltung durch die Änderung der Sprache zu ändern. Ich würde auch nicht kategorisch verneinen, dass dies funktioniert. Ich glaube aber, wenn der Widerstand gegen die Sprachänderung so groß ist, wie ihn diverse Umfragen belegen, funktioniert das nicht.

Also, um die Eingangsfrage zu beantworten: Aus meiner Sicht erreichen wir eine Änderung hin zu einer gerechten Sprache, indem wir die Werte, die wir mit ihr ausdrücken wollen, vorleben. Wer findet, dass zu diesem Vorleben die Verwendung von Sprachformen wichtig ist, soll diese sehr gern nutzen. Wichtig ist aber vielmehr eine gegenseitige Akzeptanz und Diskussionskultur. Und wichtig ist vor allem, dass wir uns darauf einigen, was genau eine gerechte Sprache ist und wie sie aussehen soll. Ich freue mich jedes Mal, wenn ich mit anderen dazu ins Gespräch komme und diskutieren kann. Was sagst Du dazu?

Sven Ulrich
Verbundleitung im SozDia-Fachbereich Erwachsene und Teilhabe – Verbund Sozialpsychiatrische Assistenz und Inklusive Arbeit

„DER STAAT IST NICHT DER BESSERE UNTERNEHMER“

„Gegeneinander geht gar nichts. Die unterschiedlichen Interessen müssen an einem Tisch gemeinsam verhandelt werden“, sagt Michael Heinish-Kirch. Ein Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der SozDia Stiftung Berlin über die Wohnungsnot und Möglichkeiten, sie zu überwinden.

Herr Heinish-Kirch, wovon reden wir überhaupt, wenn es um die Wohnungsnot in Berlin geht?

Von vielen Menschen und es werden immer mehr, die keinen Wohnraum finden oder in einem ungeeigneten Wohnraum leben. Erfasst sind über 30.000 Menschen in Berlin in den Obdachlosenunterkünften. Die auf der Straße leben, sind da noch gar nicht dabei. Und was sich immer mehr bemerkbar macht in unserer Stadt – das bekommen wir auch durch unsere Arbeit mit – ist das starke Anwachsen der versteckten Obdachlosigkeit.



Michael Heinish-Kirch

© Stephan Jung

Worum geht es da?

Dass Menschen bei Kumpels unterkommen oder mal woanders mitwohnen, aber letztlich keine Chance haben, ein selbständiges Leben zu entwickeln.

Was heißt das für junge Menschen?

Die betroffenen jungen Menschen können nicht bei ihren Eltern ausziehen. Das ist für ihre Zukunft nicht vorteilhaft. Weil das ja vor allem die sind, die bereits in prekären Familienverhältnissen wohnen. Also häufig in zu kleinen Wohnungen. Wenn dann noch Drogen oder Gewalt im Elternhaus hinzukommen, bleiben die, die eher früher einen eigenen Wohnraum brauchen, viel länger in Abhängigkeit.

In unserer Stadt kommen aktuell täglich mehr als zehn unbegleitete minderjährige Geflüchtete an. Auch sie brauchen Wohnraum und finden keinen. Was bedeutet das für die jungen Menschen?

Unbegleitete minderjährige Geflüchtete werden in der Statistik gar nicht erfasst. Das werden sie erst, wenn sie ein Asylverfahren durchlaufen haben. Da sie das nicht haben, sind sie formal also gar nicht obdachlos. Oft wissen sie aber nicht, wo sie hinsollen. Unser Land Berlin weist ihnen mangels geeigneter Plätze mit viel Engagement Unterkünfte, aber eben irgendwelche Unterkünfte, zu. Das ist eine verpasste Chance. Sie kommen beispielsweise zu Fuß tausende Kilometer aus einem Kriegsgebiet und was bietet die Berliner Demokratie ihnen an? Eine Obdachlosenunterkunft. Na Klasse! Das macht niemandem Lust auf Demokratie! Wir reden im Übrigen ja ständig vom Arbeitskräftemangel. Warum geben wir nur denen, die gut ausgebildet sind, eine Chance? Und nicht den Jugendlichen, die willig zu einer Ausbildung sind?

„Gemeinsam gegen die Wohnungsnot streiten“ ist das Thema dieser Seite. Geht das denn überhaupt gemeinsam?

Oder ist nicht gerade die Wohnungslosigkeit ein Problem, das jeder individuell angehen und bei dem sich jeder durchboxen muss?

Wir können strukturelle Probleme nicht individuell lösen. Im Einzelfall können wir helfen und das macht die SozDia Stiftung ja. Mit unseren Einrichtungen der Wohnungsnotfallhilfe. Ungefähr 100 Wohnungen, die wir angemietet haben, können wir Menschen, die eine Wohnung benötigen unkompliziert zuweisen. Für jeden Einzelnen sehr wertvoll, angesichts der Gesamtsituation fast nichts. Strukturell bleibt das Problem.

Was heißt das in der Praxis?

Unsere Chance ist es, das Problem kooperativ anzugehen: auch mit den privaten Eigentümer*innen und den Genossenschaften. Wir müssen gemeinsam Lösungen finden. Andererseits dürfen wir uns nicht die Augen verwaschen. Das sind gewinnorientierte Unternehmen. Doch wir dürfen sie auch nicht aus der Verantwortung entlassen.

Reicht das? Der Wohnungsmarkt wird beherrscht von Spekulant*innen und denen, die daraus Profit schlagen. Wie kann dem begegnet werden?

Wir brauchen Personen, die bereit sind, sich mit uns an einen Tisch zu setzen. Das wird nicht anders gehen. In der Demokratie ist das unsere einzige Möglichkeit, zu Lösungen zu kommen. Das heißt, auch private Eigentüme*innen immer wieder einzuladen und in ihre Verantwortung zu bringen. Deutlich zu machen, wir kriegen das nur zusammen hin. Das mag zahnlos klingen, aber am Ende waren wir mit dem Beharren auf einen Dialog immer erfolgreich.

Was könnte die Politik dabei leisten und wo sind die Hürden?

Das Schlimme in Berlin ist ja, dass der Dialog völlig vergiftet ist.

Wie kam es dazu?

Einmal, weil mehrere Parteien versucht haben, sich über dieses Thema politisch zu profilieren. Insbesondere die Linke, zum Beispiel mit ihren Initiativen des Mietendeckels, der gescheitert ist. Eine klassische politische Profilierung zu Lasten der Mieter*innen. Jede nicht erhöhte Miete ist von den Eigentümer*innen nachgeholt worden. Durch politische Ränkespiele ist das Klima verdorben. Nicht zuletzt durch den Schlachtruf „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“, den ich ablehne.

Warum?

Ich verstehe und teile den Impuls, zu sagen, hier sind Firmen, die machen Profit auf unsere Kosten. Die Lösung, sie zu enteignen, ist aber keine. Denn die Konsequenz wäre doch, dass der Staat die Wohnungen übernehmen, sie sanieren müsste, aber die Mieten nicht erhöhen soll. Und am Ende soll alles irgendwie wirtschaftlich sein. Das kann nicht klappen. Das wäre die Quadratur des Kreises.

Das müssen Sie erklären.

Es ist doch Wahnsinn, wenn das Land Berlin das Geld dafür ausgibt, Wohnungen, die es schon gibt, zu kaufen. Dadurch entstehen ja keine neuen Wohnungen. Durch den Klimawandel und das 1,5-Grad-Klima-Ziel, das wir in Paris alle unterschrieben haben, müsste ja sowieso der allergrößte Teil aller Wohnungen in unserer Stadt in den nächsten zehn Jahren komplett durchsaniiert werden. Es wäre doch das Dummste, das man tun kann: Wohnungen mit einem Sanierungsrückstau kaufen und damit die Eigentümer*innen aus ihrer Verantwortung entlassen. Ich verstehe den Impuls, hier muss sich was ändern. Aber die Lösung mit Enteignung und sogenannter Vergesellschaftung ist keine. Mir ist bisher nicht aufgefallen, dass der Staat der bessere Unternehmer ist. Ich bin grundsätzlich skeptisch, wenn ich höre, der Staat soll etwas richten. Ich komme aus der DDR

und wir haben es ja erlebt, wie die Häuser ausgesehen haben: „Ruinen schaffen ohne Waffen!“

Was wäre denn dann dran in der Politik?

Ohne staatliche Förderprogramme werden wir angesichts der gestiegenen Baupreise und der gestiegenen Zinsen nicht auskommen. Mit Blick auf die Herstellung von bezahlbarem Wohnraum, ist das ja nicht wegzureden, egal, ob Sanierung oder Neubau. Da wird aber viel zu wenig gemacht. Ich fordere darum, diese Förderung voranzubringen. Wenn der Staat hier irgendeine Funktion hat, dann die. Im Moment unterstützt Berlin ja nur die eigenen sechs Wohnungsbaugesellschaften, die degewo, GESOBAU, Gewobag, HOWOGE, STADT UND LAND und WBM. Das ist auf den ersten Blick ja auch sinnvoll – denn die sechs Unternehmen sind fest in den Kiezen verwurzelt, sozial engagiert und wirtschaftlich erfolgreich. Aber das riesige Potential, das es bei den anderen gibt, bei Genossenschaften, bei gemeinnützigen

Wohnungsbaugesellschaften, nichtkirchlichen oder kirchlichen Anbieter*innen von Wohnraum wie uns, das lässt das Land Berlin komplett außen vor. Das ist eine vertane Chance. Da sage ich, da müssen wir uns an einen Tisch setzen, das muss zur Sprache kommen.

Gibt es Perspektiven dafür, die realistisch sind?

Ich hoffe sehr, dass durch eine neu zu bildende Koalition in Berlin sich hier ein neuer kommunikativer Weg eröffnet. Die alte Koalition aus Linke, SPD und Grüne hat sich komplett festgefahren. Und sie sind letztlich auch Verursacherinnen dieser ideologischen Hochrüstung, die uns überhaupt nicht weitergeholfen hat. Darum hoffe ich auf die neue Berliner Regierungskoalition. Wer mich kennt, wird sich darüber wundern. Aber ich sehe momentan keinen anderen Weg.

Interview: Bettina Röder



„Erfasst sind über 30.000 Menschen in Berlin in den Obdachlosenunterkünften. Die auf der Straße leben, sind da noch gar nicht dabei.“

© Pixabay

WAS GIBT ES NEUES?

Text und Zusammenstellung: Katrin Spiess



UMGEBEN – HILFE FÜR UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE GEFLÜCHTETE

Die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten (UMG) hat sich in Berlin im letzten Jahr verzehnfacht. Anfang 2022 wurden ein bis zwei UMG pro Woche aufgenommen und versorgt. Aktuell kommen 70 Jugendliche an, also zehn am Tag. Im Auftrag der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie versorgt das Hilfsprojekt UMGeben der SozDia Stiftung Berlin seit Ende November minderjährige Geflüchtete zusätzlich mit Kleidung und Freizeitangeboten und möchte so ihre Ankunft in Berlin erleichtern. Dabei brauchen wir Ihre Unterstützung, denn: wir suchen Ehrenamtliche die Sportangebote, Deutschunterricht und Freizeitangebote für die Jugendlichen betreuen möchten. Weitere Infos finden Sie unter: umgeben.sozdia.de oder schreiben Sie uns gerne eine Mail an: umgeben@sozdia.de.

WENIGE FREIE PLÄTZE IN UNSERER GRUNDSCHULE

Die Grundschule am Campus Hedwig ist eine Schule für alle – ein Miteinander verschiedener Glaubens- und Lebenswelten. Kinder verschiedener sozialer Milieus, christliche und nichtchristliche Schülerinnen und Schüler sind willkommen. Es gibt noch wenige freie Schulplätze für den Interimsstandort in der Möllendorffstraße 33, insbesondere Quereinsteiger*innen in den Klassen 2 und 3. Melden Sie sich gerne bei Interesse unter: grundschule.hedwig@sozdia.de



CAMPUS INTERKULTURELLES LEBEN IN DER PFARRSTRASSE 93 IST ERÖFFNET

Bereits Ende 2019 startete das Bauprojekt Campus Interkulturelles Leben (IkuLe) in der Pfarrstraße 93. Auf dem zuvor brachliegenden Gelände der SozDia Stiftung Berlin sind inzwischen eine Remise für den Kleinkindbereich der Kita Buntstift und ein Neubau entstanden. In letzterem konnte das Familien.LEBEN Anfang Januar eröffnet werden und die ersten Familien in ihre neuen Wohnungen einziehen. Ein multiprofessionelles Team kümmert sich ganztätig um die Kinder und ihre Eltern, wenn diese ihren Lebensalltag nicht allein bewältigen können. In vielen Fällen entscheidet dann das Jugendamt, die Kinder von ihrer Familie zu trennen. Damit sie trotzdem zusammenbleiben können, werden sie im Familien.LEBEN unterstützt und in ihrem Alltag begleitet. Es ist bereits die dritte Einrichtung dieser Art, die von der SozDia Stiftung Berlin betrieben wird. Neben dem Familien.LEBEN zieht auch das Stadtteil- und Familienzentrum Schmiede in die Pfarrstr. 93 ein. Seit April können die Angebote in den neuen Räumlichkeiten wie gewohnt stattfinden. In einer offenen Küche, einem großen Familiencafé und zwei Kursräumen können sich Nachbar*innen begegnen. Die alte schmiede (Spittastr. 40) wurde am 31.03. beim traditionellen Osterfeuer mit Musik und leckerem Stockbrot gebührend verabschiedet.



ERFOLGREICHE AZUBIS IM KUHGRABEN

Nach drei Jahren Lehrzeit ist es endlich geschafft – zwei Auszubildende aus dem Ausbildungsrestaurant Am Kuhgraben haben ihre Prüfungen bestanden! Im Januar hat Alexander Gerlach die Prüfung zur Fachkraft im Gastgewerbe absolviert und aufgrund seines guten Zeugnisses auch den Mittleren Schulabschluss erhalten. Wir freuen uns, dass er im Kuhgraben bleiben und eine weitere Ausbildung zum Fachmann für Restaurants und Veranstaltungsgastronomie anschließen wird. Am gleichen Tag hat Xena Fazlija ihre Prüfung vor der IHK-Prüfungskommission zur Restaurantfachfrau bestanden. Xena hat bei uns zwei Ausbildungen absolviert und zusätzlich den Mittleren Schulabschluss geschafft. Beide haben bereits vor der Ausbildung die Einrichtungen der SozDia Jugendhilfe, Bildung und Arbeit gGmbH Horizonte Lichtenberg und Du Kannst Was! besucht, die sie bei ihren beruflichen Anfängen unterstützt haben.



MIT SMARTEM HEIZEN DIE UMWELT SCHÜTZEN UND GELD SPAREN

Seit November läuft in sechs Einrichtungen der SozDia die Erprobungsphase von Smart Home Systemen. Wir sind stolz darauf, auf diesem Weg den Betrieb unserer Einrichtungen nachhaltiger zu gestalten. Durch den Einsatz dieser Technologie hoffen wir außerdem unsere Energiekosten zu senken und den Komfort der Bewohnerinnen und Bewohner zu erhöhen.



Im Ausbildungsrestaurant Am Kuhgraben, dem Familien.LEBEN Saganer Straße, in den Jugend- & Geflüchtetenwohneinrichtungen ZuWa, JoNa, IKJ sowie dem Jugendwohnhhaus werden alle Heizungen nun über eine App und hinterlegte Heizprofile gesteuert. Diese stellen sicher, dass nicht geheizt wird, wenn Räume gar nicht genutzt werden. Individuelle Temperaturanpassungen bleiben in den Wohneinrichtungen aber auch weiterhin am Thermostatventil selbst möglich. Zusätzliche Fenstersensoren erkennen, ob ein Fenster geöffnet oder geschlossen ist und passen entsprechend die Heizung an. Dieses Pilotprojekt wurde ermöglicht durch Fördermitteln des Projekts „Gemeinsam Klima Gestalten“ aus der Nationalen Klimaschutzinitiative sowie zusätzlichen 5.040€, die von der SozDia Stiftung Berlin für die erradelten Kilometer der Mitarbeitenden beim STADTRADELN 2022 gestiftet wurden. Nach einer einjährigen Erprobungsphase soll geprüft werden, ob der Einsatz der Systeme den Zeit- und Kostenaufwand wert ist. Smarte Heizungen könnten dann schon bald in vielen SozDia-Einrichtungen die Temperatur steuern.

MITARBEITENDENWILLKOMMENSTAG (MAWITA) WIEDER IN PRÄSENZ

Zwei Jahre lang hat der Mitarbeitendenwillkommenstag digital stattgefunden. Im November war es in der alten schmiede dann soweit: 25 neue Kolleg*innen konnten sich zu ihrem Start in der SozDia Stiftung Berlin begegnen, austauschen und etwas über die Stiftung und ihre vielfältigen Einrichtungen erfahren. Abgerundet wurde das Programm durch den Kiezspaziergang im Kaskelkiez und den Einblicken in unsere „Profil“-Werte. So wurden nachhaltige Aktionen, die Ursprünge der SozDia und ihre diakonischen Wurzeln und die gelebte Demokratie im Kita-Alltag vorgestellt.





Daniela Hartert wohnte Anfang der 90er Jahre in besetzten Häusern in der Pfarrstraße; zog dann ins – inzwischen seit 30 Jahren bestehende – Jugendwohnhaus der SozDia, wurde Erzieherin, holte das Abitur nach, studierte Sozialpädagogik und leitet heute die SozDia-Kita Hummelflug.

Hausbesetzung: Rechtsbruch oder legitimer Protest?

In einer Stadt, in der Wohnraum knapp wird, gibt es noch immer leerstehende Häuser. Ist es ein legitimer und konstruktiver Protest gegen Wohnungsknappheit und steigende Mieten, diese Räumlichkeiten zu besetzen oder ist das ein rechtswidriger Eingriff, der nicht toleriert werden darf?

JA!

Für mich waren die leerstehenden Häuser eine Rettung.

Ich kam 1992 als 12-Jährige nach Berlin und wusste nicht, wohin. Die leerstehenden Häuser waren für mich eine Rettung gewesen, gerade im Winter. Die Häuser waren teilweise schon besetzt und somit halbwegs bewohnbar. Viele Menschen haben hier Obdach gefunden und wurden zu einer Gemeinschaft. Ich habe mit Italienern, Franzosen, Australiern, Spaniern, Ost- und Westdeutschen meine Zeit in den Häusern verbracht. In der Zeit hat man viel von anderen Kulturen kennengelernt und das möchte ich auch nicht mehr missen.

Es gab zu dieser Zeit keinen rechtlichen Besitzer und bis die Erbengemeinschaft endlich gefunden und sich einig wurde, sind viele Jahre vergangen. In dieser Zeit ist es doch sinnvoll, dass Menschen die kein Obdach haben, sich der Häuser annehmen und sie bewohnbar machen. Die Häuser sind dann auch besser vor dem totalen Zerfall geschützt, werden beheizt, instandgehalten und vor weiterem Vandalismus geschützt. In meiner Zeit in besetzten Häusern hat niemand eine Straftat begangen, da sich auch niemand in dieser Zeit um diese Objekte geschert hatte. Gerade wenn es um Wohnraum geht, sollte Protest, auch

mit Hausbesetzung, als konstruktive Protestform verstanden werden, damit Häuser nicht an Spekulanten vergeben werden und dann für lange Zeit leer stehen, damit sie dann die Häuser/Wohnungen für eine überhöhte Summe verkaufen können.

In der heutigen Zeit ist bezahlter Wohnraum sehr rar und es wird immer davon erzählt, dass Wohnraum grundsätzlich knapp ist, was gar nicht sein müsste. Denn es gibt in Berlin so viele Wohnungen, die zwar verkauft sind, aber niemand lebt in diesen Wohnungen, da die Käufer in anderen Städten der Welt ihren Hauptsitz haben und die Wohnungen nur als Geldanlage oder für einen beruflichen Kurzurlaub einmal im Jahr nutzen.

Wenn Wohnungen/Häuser/Plätze besetzt werden, dann ist das immer ein Zeichen, dass diese leer stehen und jeder Mensch hat ein Recht darauf, Wohnraum zu haben.

Ich stand 2019 auch kurz vor der Wohnungslosigkeit und wusste überhaupt nicht, wie es weitergehen soll, da meine Wohnung verkauft und luxussaniert werden sollte.

Gerade in dieser Zeit habe ich wieder an die vergangene Zeit gedacht, habe genau auf die Obdachlosen geschaut, wie sie leben und dabei selbst auf ein neues Zuhause gehofft. Meine alte Wohnung in Berlin-Friedrichshain stand dann nach der Sanierung zwei Jahre leer und am Klingelschild stand immer noch mein Name. So lange, bis die Wohnung dann endlich für sehr hohen Preis verkauft wurde – erst dann war mein Name weg.

Ein nicht zu tolerierender Rechtsbruch ist das in meinen Augen, da eine Wohnung laut § 2 Zweckentfremdungsverbot-Gesetz nicht länger als drei Monate leer stehen darf.

Eine ehemalige Hausbesetzerin und Urgestein der SozDia sowie ein Rechtsanwalt, der u.a. als rechtspolitischer Sprecher 15 Jahre für die SPD im Abgeordnetenhaus tätig war, sagen ihre Meinung.

NEIN!

Was würden Sie sagen, wenn Ihnen jemand Ihr Eigentum wegnimmt?

So sehr der ein und die andere auch mit HausbesetzerInnen sympathisieren, stellen diese jedoch aus juristischer Sicht keine rechtskonforme Protestform dar. Denn das Grundgesetz schützt durch Art. 14 Grundgesetz das Eigentum und zwar auch das Eigentum von Hauseigentümern, die ihre Häuser leer stehen lassen oder damit spekulieren.

Das Wesen unseres demokratischen Rechtsstaats begründet sich auch gerade auf die Eigentumsgarantie, nämlich dass jeder mit seinem Eigentum verfahren kann, wie er will. Das heißt auch, dass jeder zum Beispiel mit seinem Handy oder seinen Sachen machen kann, was er will, ohne das Dritte darauf einwirken und das Handy wegnehmen, weil jemand die falschen Internetseiten ansurft oder nur am Handy hängt. Was würden Sie sagen, wenn Ihnen jemand ihr Handy wegnimmt und „besetzt“, weil Sie dieses nicht für das Allgemeinwohl nutzen?

Das Grundgesetz sieht in Artikel 5 und Artikel 8 eine weitreichende Möglichkeit vor, seinen Protest gegen Mietspekulationen öffentlich zu äußern. Nämlich in Form von Meinungsäußerungen, zum Beispiel in Medien oder digital, oder aber auch durch Versammlungen. Diese könnten zum Beispiel auch täglich vor dem Abgeordnetenhaus oder den Senatsverwaltungen abgehalten werden und dürfen auch unangenehm sein.

Die Besetzung von Häusern, um seine Kritik zu äußern, sieht aber weder die Meinungsfreiheit des Art. 5, noch die Versammlungsfreiheit des Art. 8 Grundgesetz vor.

Ich sage damit rechtlich nicht, dass man Mietspekulation oder leerstehende Häuser zu Spekulationszwecken hinnehmen muss. Aber das Protestmittel muss rechtskonform sein. Eine zulässige und sogar effektive Protestform wäre, gegenüber dem Gesetzgeber zu fordern, dass gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, um Leerstand und Spekulation zu verhindern. Oder als Volksgesetzgeber ein rechtskonformes und verfassungsgemäßes Gesetz zur Abstimmung zu stellen.

Unser gesellschaftliches Zusammenleben beruht auf gesetzlichen Regelungen, an die sich Eigentümer, Protestler und jede Bürgerin und jeder Bürger zu halten haben. Das muss kontrolliert werden und bei Verstößen kann der Staat tätig werden. Dies gilt dann aber auch für alle.



Sven Kohlmeier ist Rechtsanwalt und Fachanwalt für IT-Recht und im Vereins- und Verbandsrecht spezialisiert. Er war 15 Jahre Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, unter anderem als rechtspolitischer Sprecher.



Generation Protest: Was politisiert Jugendliche?

Jette Nietzard streitet gern. Und mit ihr eine ganze Generation politischer Jugendlicher. Jette unterstützt ihre Protestkultur, denn ohne Streit kein Wandel.

Sie sagt: „Hätten Menschen nie protestiert, gäbe es heute weder Grundgesetz noch Wiedervereinigung“. Für mehr Klimaschutz oder Kinderrechte – auch Jette protestiert. Deshalb engagiert sie sich in der GRÜNEN JUGEND Berlin und ist im Wahlkreis 3 in Lichtenberg als Direktkandidatin zu Abgeordnetenhauswahlen angetreten.

Im April hat Jette die Leitung des SozDia-Projekts „UMGeben“ für unbegleitete, minderjährige Geflüchtete übernommen. In der Politik und im Beruf arbeitet sie tagtäglich mit Jugendlichen, ihr Engagement macht sie zum Sprachrohr einer neuen politischen Generation. Im Gespräch erklärt die 24jährige, wie sich junge Menschen heute politisieren und was sie dabei von Vorgängergenerationen unterscheidet.

Über Jette

Jette Nietzard ist 24 Jahre alt, Wahl-Lichtenbergerin und in der GRÜNEN JUGEND Berlin engagiert.

Außerdem verantwortet sie die Leitung des SozDia-Projekts UMGeben.



„Streiten ist lustig“

findet Jette. Voller Selbstbewusstsein geht sie ihren Themen nach. Streit ergibt sich dabei immer wieder. Kritik nimmt sie an, Anfeindungen hält sie aus. Das gehört dazu, wenn man sich für andere stark macht. Wer sich wie Jette z.B. für feministische Themen engagiert, bekommt nicht nur Anerkennung. Jette macht sich daraus nichts. Die Ablehnung der politischen Gegenseite treibt sie an.

Die Perspektiven anderer zu erweitern, motiviert sie. Zu einer gelungenen Streitkultur gehöre für sie aber vor allem auch Fehler zu erkennen, denn: Überzeugen, das geht nur, wenn man ergebnisoffen ist! So gibt die aus NRW stammende Wahl-Lichtenbergerin unumwunden zu: „Natürlich habe ich im Diskurs auch schon meine Meinung geäußert – in der Bildungsarbeit reflektiere ich mich immer wieder. Dadurch habe ich auch schon Positionen überdacht“. Wer streitet, kann oder muss am Ende gegebenenfalls die eigene Meinung nachjustieren. Das ist Demokratie, ein Wettbewerb um Meinungshoheit.

Jette kennt auch die Schattenseiten des Streitens.

Im Wahlkampf für die Abgeordnetenhauswahlen 2021 ist sie mal angegriffen worden. Sie weiß woran es liegt, dass sich Teile der Gesellschaft von der politischen Jugend bedroht fühlen: „Die Jugend wird in ihren Belangen bis heute nicht ernst genommen. Die älteren Generationen profitieren strukturell davon, die Klimakrise und ungleiche Verteilung von Wohlstand zu ignorieren und totzuschweigen“. Das werde zusätzlich befeuert von tendenziöser Berichterstattung einiger privaten Medien, die es vorziehen, Profit durch Reichweite zu generieren, statt den jour-

nalistischen Auftrag integer zu verfolgen. Früher sei die Welt aber nicht besser oder einfacher gewesen, man habe nur weniger Aufmerksamkeit für marginalisierte Gruppen und ihre Perspektiven gehabt. Den Entscheider*innen dieser mehrheitsgeprägten Gesellschaftsordnung wollen die Jugendlichen nun nicht mehr allein die Verantwortung für ihre Zukunft lassen. Darum politisieren sie sich heute wieder mehr als früher.

Durch existenzbedrohende Herausforderungen, wie den menschengemachten Klimawandel, hat eine ganze Generation nicht mehr den Luxus unpolitisch zu sein. Hinzu kommen die Jugendlichen mit Fluchterfahrungen, die eigene Themen mitbringen und sich z.B. aus ihrer kulturellen Identität heraus politisieren. Wer aufgrund der Herkunft verfolgt wurde, findet darin gegebenenfalls eine Motivation sich zu engagieren. Junge Menschen, die aus Kriegs- oder Krisengebieten nach Deutschland kommen, streben in großen Teilen außerdem danach, sich in ihren neuen Heimatorten einzubringen: „Viele der hier ankommenden unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten sind überaus motiviert einen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten, landen aber angesichts unsicherer Bleibeperspektive und mangelhafter Lebensbedingungen schnell in einer ausweglosen Situation, die ihnen diesen Einsatzwillen nicht selten zunichtemacht“, erklärt Jette.

Als fachliche Koordinatorin in der „Brode“, einer SozDia-Einrichtung für Jugendliche mit Fluchterfahrung, hat Jette bereits bevor sie die Leitung des Projekts UMGeben mit unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten gearbeitet. Deren Situation hat sich verschlechtert: Es fehlt an Wohnraum und Ansprechpartner*innen für Ihre Themen, die psychologische Betreuung ist unzureichend. Auch aus dem Gefühl einer sich einstellenden Ohnmacht heraus, politisieren

sich die jungen Menschen, unabhängig ihrer Herkunft, mit dem Ziel, auf Missstände in der Jugend- und Geflüchtetenhilfe aufmerksam zu machen. Viele der Jugendlichen, deren Eltern oder Großeltern einst als Gastarbeitende nach Deutschland kamen, haben erlebt, wie ihre Familie von der Gesellschaft ausgeschlossen wurde. „Zum Glück“, sagt Jette „entwickelt die jüngere Generation mehr Selbstvertrauen, Teilhabe einzufordern und die bestehenden Strukturen nicht länger zu akzeptieren“.

Lastet auf der Generation heutiger Jugendlicher mehr Druck?

Jette sieht einen anderen Faktor – sie erkennt „neue“ Medien als Antrieb, mehr Verantwortung zu übernehmen: „Die Möglichkeit der einfachen und schnellen Vernet-

zung hat die politische Arbeit verändert. Das sieht man gerade am Iran: Ohne TikTok & Co blieben die Proteste ein Randthema. Social Media verschafft den Protestierenden mehr Öffentlichkeit“. Die Sichtbarkeit des Unrechts war Grundlage aller politischen Mittel gegen das Regime. Das verlangt aber auch mehr Medienkompetenz.

„Hate Speech“ und die rasante Verbreitung von Falschnachrichten sind Gefahren, die soziale Netzwerke mit sich bringen. „Darauf muss man vorbereitet sein“. Deshalb fordert Jette, staatliche Angebote wie Medienpädagogik in Schulen auszubauen. Das soll dabei helfen, diese Gefahren besser zu erkennen. Hass und Hetze im digitalen Zeitalter seien aber keineswegs alleiniges Problem der jungen Leute – vielmehr sehe Jette eine Tendenz, dass auch und gerade ältere Mediennutzende Nachhilfe bräuchten.

Medienkompetenz ist keine Frage des Alters. Auch die Kunst des Streitens nicht. Es ist eine Frage der Einstellung. Und da legt die politische Jugend den Finger in die Wunde: „Die Jugendlichen protestieren, weil sie sich faire Bedingungen erstreiten müssen. Sie verlangen einen Platz am Tisch und wollen gehört werden. Es geht ihnen um nicht weniger als ihr Recht auf eine Zukunft“. Der Volksmund sagt, man solle nicht im Streit auseinandergehen.

Vielleicht aber aufeinander zu: Streiten heißt auch Zuhören, Fehler eingestehen, Meinungen hinterfragen und Positionen ändern – das blieben die Älteren den Jüngeren zu lange schuldig. Und Jettes Generation einer politischen Jugend wird nicht aufgeben zu protestieren, bis sie sich ihren Platz erstritten hat.

Fabian Wollgast



Jette Nietzard in ihrem Lichtenberger Wahlkreis

ES MUSS JETZT EIN AUFSCHREI DURCH POLITIK UND GESELLSCHAFT GEHEN!

Was ist Berlin die Offene Kinder- und Jugendarbeit wert?

Die jungen Menschen heute sind Konflikten ausgesetzt, die selbst ihre Eltern in unseren Breitengraden nicht kannten: Pandemie, Klimakrise, Krieg, Inflation. Drei Jahre Pandemie mit Beschränkungen, Unsicherheit und Angst haben deutliche Spuren hinterlassen.

Wir beobachten als soziale Stiftung in unseren Einrichtungen einen immensen Zuwachs an psychosozialen Bedarfen. Auch die Schere zwischen Arm und Reich klapft immer mehr auseinander und trifft vor allem die Schwächsten der Gesellschaft: Die Kinder und Jugendlichen.

Mehr denn je brauchen junge Menschen Platz. Platz, um zu wachsen. Platz, um ausweichen zu können, manchmal, um aufgefangen zu werden und immer, um ein Miteinander zu erleben. Denn im Miteinander erleben wir nicht nur die anderen, sondern vor allem erst einmal uns selber:

Was wir wollen, was wir können, was uns bewegt und auch unsere Grenzen. Und das wiederum gibt uns die Möglichkeit, das Leben zu gestalten – unseres und auch das der Gesellschaft, in der wir leben.

Ausgerechnet in diesen Zeiten also, in denen die Bedingungen des Aufwachsens für junge Menschen unfassbare Herausforderungen bereithalten und in denen sie umso mehr sichere Räume für sich vorfinden sollten, müssen Akteur*innen der Jugendarbeit wichtige Einrichtungen schließen.

Auch die SozDia ist mit ihren Einrichtungen Phoenix, Horn und Linse betroffen. Die gestiegenen Kosten aufgrund von Inflation, der Druck auf Personalkosten sowie Energie- und Lebensmittelkostenteuerung haben zu einem finanziellen Mehraufwand in der Jugendarbeit geführt, der seit Jahren jeweils nur zu geringem Teil Berücksichtigung

in den Haushaltsplänen fand. Der generell zunehmende Mangel an öffentlichen Räumen hat den Druck auf die Jugendklubs besonders erhöht.

Bei der Verteilung der Gelder findet die Jugendarbeit nach wie vor keine Priorisierung, die wir – auch im Hinblick auf das zukünftige gesellschaftliche Zusammenleben – für unausweichlich halten. Dieser Umgang mit unseren Kindern und Jugendlichen birgt große Risiken! Es besteht nicht nur die Gefahr, dass wir zu viele von ihnen verlieren, indem sie sich der Gesellschaft entziehen, sondern auch die Gefahr von Bildungsdefiziten, Radikalisierung, Vereinsamung und deren gesamten psychischen Folgen. Das kann weder unsere Gesellschaft, noch die Politik, noch können Sie das ernsthaft wollen.

Abgesehen davon, was diese Missachtung mit Kinderseelen anstellt, hat es ebenfalls

Auswirkungen auf das zukünftige Miteinander, die Gemeinschaft und den Zusammenhalt. Auch die Kosten für gesundheitliche Bedarfe werden in die Höhe schnellen, es werden immer mehr Einrichtungen für immer Jüngere benötigt, die Zahl von wohnungslosen Jugendlichen wird steigen – um nur ein paar Beispiel-Szenarien zu nennen.

Unsere Mission als SozDia ist der Glaube daran, dass jeder Mensch in der Mitte der Gesellschaft leben kann! Dafür leisten unsere Kolleg*innen jeden einzelnen Tag aufs Neue eine unglaubliche Arbeit.

Sie bieten Menschen Räume an. Räume, in denen sie junge Menschen aktiv bei der Gestaltung ihrer Lebenswelt begleiten und unterstützen. Sie erleben den ersten Liebeskummer mit, hören zu, wenn der Streit mit den Eltern wieder mal zu krass war, vermitteln bei Konflikten, helfen bei Anträgen

für das Amt und gehen auch in die Auseinandersetzung mit den Jugendlichen, wenn es nötig ist.

Und sie vermitteln im Rahmen von Partizipation die Strukturen des demokratischen Miteinanders. Sie ermutigen junge Menschen, sich für ihre Interessen einzusetzen. Sei es, in dem sie ihnen Mut zusprechen etwas in der Schule anzusprechen, das ihnen wichtig ist. Sei es, dass sie sich engagieren, dass auf dem nahegelegenden Sportplatz der Basketballkorb erneuert wird oder sei es einfach, dass junge Menschen unterstützt werden, wenn sie Plakate für die nächste Demo malen wollen. Diese konkreten Taten sind Grundlage von Frieden und Gerechtigkeit. Jungen Menschen diese Räume zu nehmen, ist für sie und die gesamte Gesellschaft höchst unverantwortlich!

Die SozDia Stiftung wird auf jeden Fall auch weiterhin eng mit den Bezirken und anderen Partner*innen zusammenarbeiten - sich laut machen-, um sicherzustellen, dass junge Menschen in Berlin die Unterstützung erhalten, die sie brauchen und verdienen. Auch Du kannst mitmachen – begleite uns beispielsweise auf unseren Kanälen, um informiert zu bleiben und rede darüber, mach Dich lauter!

Verena Düntsch



Schon immer engagiert: SozDia Kampagne von 2012 zur Rettung der Jugendarbeit

INSELN DER WÄRME UND VERBUNDENHEIT

Sie streiten für den Frieden in der Welt, unterstützt von Organisationen, die nur über einen Bruchteil des Militäretats verfügen. Warum sie trotzdem an der Gewaltfreiheit festhalten:

Diesen Abend in ihrer Kindheit vergisst sie in ihrem Leben nicht. Sie übernachtete in einer dieser einfachen Hütten auf der Insel Mindanao im Süden der Philippinen bei ihren Großeltern. Neben der Eingangstür hatte sie sich ihr Bettchen gebaut, als plötzlich Soldaten den Raum stürmten. Sie schrien und beschuldigten die Bewohner, zu den Rebellen zu gehören. Die kleine Jehan Usop spürte den stechenden Schmerz der Stiefel eines Soldaten, der sie brutal und mit einer solchen Wucht trat, dass sie gegen die Wand flog. Sie war gerade einmal vier Jahre alt.

Das war Anfang der 1980er Jahre, erinnert sich die 42-Jährige, die heute selbst vierfache Mutter ist. In ihrer Kindheit und Jugend erlebte sie in ihrer Heimat den scheinbar endlosen Teufelskreis von Gewalt und Vertreibung. Der Jahrzehnte währende Bürgerkrieg auf den Philippinen hatte über 120.000 Menschenleben gekostet. Heute sagt sie, die Erfahrungen ihrer Kindheit und Jugend hätten sie stark und widerstandsfähig gemacht. Und diese Kraft kann sie gut gebrauchen.

Denn bis heute wird die muslimische Minderheit, der sie angehört, in ihrer Heimat, der Region Bangsamoro, unterdrückt. Doch ein 2019 angestoßener Friedensprozess macht Hoffnung. Anders als ihre El-



Olena Melnyk:
Gegen die
Kriegs-
traumata
in Odessa

tern, die sich mit Gewalt wehrten, möchte Jehan Usop den Kampf für Freiheit gewaltfrei fortführen: Sie entschied sich, Friedensstifterin zu werden. Dabei lag ihr vor allem die Rolle der Medien in den Konflikten ihres Landes am Herzen.

Heute ist sie treibende Kraft eines Netzwerks, das mit über einem Dutzend ziviler Organisationen die Berichterstattung über den Konflikt und den Friedensprozess in ihrer Region verbessern will: das Kutawato Multimedia Network. „In den philippinischen Medien wurde über die Anliegen der Moros („der Muslime“, Anm. d. Red.) oft nur wenig oder falsch berichtet“, sagt sie.

„Viele Menschen haben kaum Zugang zu verlässlichen Informationen“. Das gelte vor allem auch in ländlichen Regionen ohne Elektrizität und Internet. So gründete das Netzwerk das Radioprojekt „Die Stimme des Friedens.“ Einmal in der Woche informiert eine einstündige Sendung über den Friedensprozess und lässt alle Konfliktparteien zu Wort kommen. Das Netzwerk hat dabei einen starken Partner vor Ort: das Forum ziviler Friedensdienst e.V.

Das ist ein Zusammenschluss von knapp 40 Organisationen, die Menschen in gewaltsamen Konflikten auf dem Weg zum Frieden begleiten. Der zivile Friedensdienst arbeitet mit Friedensberaterinnen und -beratern in Deutschland und zwölf weiteren Ländern in Europa, dem Nahen Osten und Südostasien. Mit Kampagnen, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit setzt sich das forumZFD aktiv für eine zivile Friedenspolitik ein. In seiner Akademie für Konflikttransformation bildet es Friedensfachkräfte aus, die weltweit in der Gewaltprävention und Friedensförderung eingesetzt werden.

Vor einem Jahr hat Bundeskanzler Olaf Scholz eine sicherheitspolitische Zeitenwende ausgerufen. Sie galt vor allem der Stärkung des Militärs.



Jehan Usop: Eine Radiostation für die Philippinen

Zum Jahrestag fordert das Forum den Bundeskanzler auf: „Leiten Sie jetzt eine Friedenswende ein. Stärken Sie Deutschlands Friedensfähigkeiten!“

Doch davon ist die Bundesregierung meilenweit entfernt. Der Ankündigung des Kanzlers, 100 Milliarden Euro für das Militär bereitzustellen, stehen lediglich 16,36 Milliarden Euro für Krisenprävention, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit gegenüber.

Doch die Friedensarbeiterinnen und -arbeiter in den einzelnen Ländern lassen sich davon nicht beirren. Auch die Psychologin Olena Melnyk aus Odessa gehört dazu. Als der Krieg ausbrach, war sie gerade unterwegs. Zwei Tage später kam sie in ihrer Heimatstadt an und saß buchstäblich im Dunkeln: Es gab keinen Strom, kein Licht – aber viel Empathie für alle, die, wie sie, unter der völlig unvorhergesehenen Situation litten. „Alle hofften, dass es nicht passieren wird“, sagt die Psychologin in einem Gespräch mit Hannah Sanders vom Forum Ziviler Friedensdienst. Sie ist langjährige Partnerin des forumZFD und hat in ihrer geschundenen Heimatstadt gemeinsam mit zwei Kolleginnen das Netzwerk „Empathy Ukraine“ gegründet. Das bietet jene emotionale Unterstützung an, die viele Menschen in der Ukraine derzeit dringend

brauchen. In Einzeltreffen – meist online – geht es hauptsächlich darum, zuzuhören. Daneben werden auch Gruppentreffen, sogenannte „Empathie Cafés“ angeboten. Auch „Trauerkreise“ finden statt.

„Manche Menschen fühlen sich allein mit ihren Ängsten und ihrem Verlust“, sagt Olena Melnyk. „In dieser Situation hilft es ihnen zu wissen: Es gibt einen Ort, wo ich immer willkommen bin, wo ich akzeptiert werde, wo mich keiner verurteilt. Wenn die Menschen diese kleinen Inseln der Wärme und Verbundenheit finden, dann gibt ihnen das Hoffnung“. Olena erzählt aber auch, wie die Menschen versuchen Normalität zu leben. Odessa hat nur zwei Stunden am Tag und zwei Stunden in der Nacht Strom. Doch die Läden, Cafés, Theater, Schulen und Kindergärten sind offen. Viele Menschen haben mit dem Einmarsch begonnen Ukrainisch auch dort zu sprechen, wo bisher Russisch zum Alltag gehörte.

Olenas Netzwerk hat Gesprächskreise in den Innenhöfen von Odessa organisiert, Möglichkeiten der Nachbarschaft, sich auszutauschen. Sie haben in der Folge auch gemeinsam Keller ausgebaut, Orte des Schutzes und der Kommunikation. Auf die Frage, was ihr zu all dem Kraft gibt, sagt sie schlicht: „Mein Glaube an die Menschlichkeit“.

„Gewaltfreiheit ist keine Schwäche“, davon ist Sulaim Khatib überzeugt. Und er weiß, wovon er spricht. Er ist Palästinenser, wurde mit 14 Jahren zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Zehn Jahre und fünf Monate saß er wegen seines Widerstandes gegen die Israelis in Haft. Schon nach einem Jahr hatte er dort mit anderen einen Hungerstreik organisiert. Auf diese Weise sollten bessere Lebensbedingungen für die Gefangenen erstritten werden, gewaltfrei. 16 Tage hatten sie sich nur von Salz und Wasser ernährt. Und sie hatten Erfolg.

Doch das reichte ihm nicht. Er nutzte die Zeit im Gefängnis, um sich weiterzubilden, so gut es ging, lernte Hebräisch und Englisch – die Sprache der Gegner, der Israelis. Mehr und mehr wuchs die Erkenntnis, dass es in dem tiefen Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis keine militärische Lösung geben konnte. Gemeinsam mit Gleichgesinnten gründete er 2006 die „Combatants for Peace“, die Kämpfer*innen für den Frieden: Ehemalige israelische Soldatinnen und Soldaten und palästinensische Kämpfer legten inzwischen die Waffen nieder und streiten seitdem in dieser größten palästinensisch-israelischen Friedensorganisation für ein Leben ohne Gewalt.

Die Combatants treten konstruktiv für ein Ende der Besatzung, für Gewaltfreiheit, Gerechtigkeit und Dialog ein. Das Herzstück ihrer Arbeit ist der jährliche „Israeli-Palstinian Memorial Day“. Die gemeinsame Trauerzeremonie gedenkt der Opfer beider Seiten. Allein das ist für viele schiere Provokation. „Sie ist ein Aufruf zu mehr Menschlichkeit“, sagt hingegen Khatib.

Waren es anfangs nur wenige Hundert, so kamen jüngst zum 13. Memorial Day rund 8.000 Menschen.

Auf einem Foto ist der aus Palästina stammende Sulaim mit dem Israeli Uri Ben Assa zu sehen. Der ehemalige Widerstandskämpfer und der ehemalige Soldat der israelischen Armee sind enge Freunde. „Es ist für mich persönlich nicht leicht, „Verräter“ genannt zu werden“, sagt Uri Ben Assa. Er und Sulaim sind heute gleichberechtigte Direktoren der Partnerorganisation des „Forum Ziviler Friedensdienst“. Sie werden durch das Forum bei Workshops in gewaltfreier Kommunikation, bei Vortragsreisen und Gesprächsterminen begleitet und unterstützt. So auch im Westjordanland, wo sie vor allem Gespräche mit jungen Menschen organisieren. Die haben die Israelis oft nur als Kontrolleure an den Grenzen oder als Siedler kennengelernt. „Wir sind der Beweis dafür, dass Frieden möglich ist, weil wir es jeden Tag vorleben“, sagt Sulaim Khatib.

Bettina Röder



Sulaim Khatib: Versöhnung zwischen Israelis und Palästinensern

